

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiestr. 7, Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Otte, Düsseldorf, Konkordiestr. 7. Druck und Versand Joh. van Pelt, Crefeld, Luth. Kirchstr. Nr. 65-66. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

## Sittliche Kraftentwicklung oder brutale Gewalt?

Rundgebung der christlichen Arbeiterschaft.

### Rede des Staatsministers Kollegen Stegerwald in Dortmund.

Am Sonntag, den 25. April, fanden sich die christlichen Gewerkschaften und die mit ihnen im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Angestellten-, Staatsarbeiter- und Beamtenorganisationen zu einer Massenversammlung im großen Saale des „Friedenbaum“ zu Dortmund ein, die einen glänzenden Verlauf nahm und sicherlich von nachhaltiger Wirkung begleitet sein wird. In einhellig-stündiger, großangelegter Rede verbreitete sich Staatsminister Kollege Stegerwald über das Thema:

#### Sittliche Kraftentwicklung oder brutale Gewalt?

Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges, nach der Revolution und nach Annahme des schmachvollen Friedensvertrages war von unserem ehemals schönen deutschen Vaterlande nur noch ein Trümmerhaufen übrig geblieben. Eineinhalb Jahre mußte die Nationalversammlung angestrengteste Arbeit leisten, um nach dem ungeheuren Zusammenbruch wieder neues, staatliches und wirtschaftliches Leben entstehen zu lassen. Nun haben drei Wochen genügt, um diese mühsame Arbeit wieder in ihren Grundfesten zu erschüttern: Kapp-Putsch, Gewalt Herrschaft im Ruhrgebiet und anderen Teilen des Reichs, Einmarsch der Franzosen in den Rheingau, bedenkliche Loslösungsbestrebungen im Süden, Westen und Osten traten als die markantesten Ereignisse dieser Wochen hervor. Die radikalen Parteien stellen ihr ganzes Sinnen und Trachten auf die Wahlkampagne ein und gießen Essig statt Öl in die blutenden Wunden des deutschen Volkstörpers. Nur wenige machen sich Kopfzerbrechen darüber, wohin die allgemeine Verklüftung und gegenseitige erbitterte Bekämpfung führen soll. In diesem Zusammenhang möchte ich zunächst die Frage beantworten:

#### Wie sieht es in Deutschland im einzelnen und in der Welt überhaupt aus?

Die chaotischen Vorgänge im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in den letzten Wochen spiegeln nicht nur den allgemeinen Zustand Deutschlands wider, sondern den der ganzen Welt überhaupt. Was wir hinter uns haben, war der Weltkrieg in des Wortes vollster Bedeutung. Die formale Beendigung desselben hat keine neue Ordnung auf der ganzen Erde herbeizuführen vermocht. In allen Großstaaten ist Verwirrung entstanden. Als Charakteristikum dieser im einzelnen höchst verschiedenartigen Erscheinung haben wir zu verzeichnen: 1. In allen Staaten streben die früher unterdrückten Schichten mit einer Wucht und Fähigkeit nach oben, wie wir dies in der Weltgeschichte bisher wohl kaum erlebt haben. 2. Jede Nation strebt nach Selbstständigkeit und Sicherung derselben durch größte militärische Machtfaktung. 3. Drei der übrig gebliebenen vier Großmächte suchen darüber hinaus nach wie vor die Welt Herrschaft zu erobern: England, Amerika und Rußland.

Trotz allen schönen Geredes von Gerechtigkeit und Menschlichkeit, Völkerbund und Abrüstung sind die verderblichsten Geistesströmungen ungeschwächt, ja eher noch gestärkt, erhalten geblieben: Imperialismus, Chauvinismus, Kapitalismus und Militarismus. Dabei herrscht fast überall Teuerung und Warenmangel. Unter allen Völkern aber ist, abgesehen von Deutschland, unsere Lage wohl die erbärmlichste. Frankreich geht in der hysterischen Furcht vor der Wiedererstickung Deutschlands und der hierdurch bedingten Forderung nach rücksichtsloser Ausführung des Friedensvertrages so weit, daß es erst vernünftig wird, bis es sich selbst ruiniert hat.

Zu diesem Elend von außen kommen unsere inneren Schwierigkeiten. Ein Teil unseres Volkes ist schwer reich und lebt hemmungslos drauf los, oder verschiebt seine Schiebergewinne ins Ausland. Während ein Teil der Arbeiterschaft sich anscheinend emporarbeitet, werden Millionen anderer Proletarier ärmer, als sie jemals waren, darunter vor allen die besten Kreise des Mittelstandes. Der geistige Hochstand des deutschen Volkes geht zusehends zurück. Die Verarmung der Professoren und Studierenden, dazu das Unvermögen des Staates, die Unterrichtsstätten mit genügend Mitteln auszustatten,

werden bald die schlimmsten Folgen zeitigen. Der Kampf aller gegen alle wird täglich schärfer. Das Niederdrückendste ist, daß uns die Vorsehung in dieser furchtbaren Zeit keine politischen Führer geschenkt hat, denen wir mit Vertrauen folgen können. Die Autorität des Staates ist untergraben, Befehle werden fabriziert, aber nicht befolgt.

#### Wie konnten diese Zustände entstehen?

Im deutschen Volkstörper hatten sich schon vor dem Kriege gefährliche Krankheitsstoffe angesammelt. Mit Lohnminderungen, Arbeitszeitverkürzung und dergleichen konnten wir nie zu einem Gesundungsprozeß. Der gegenwärtige Zustand Deutschlands ist die letzte Auswirkung der Ideen, die zur französischen Revolution führten. Vor der Revolution beherrschten einzelne Stände, Adel, Geistlichkeit und Bourgeoisie das öffentliche Leben Frankreichs. Diese aber waren innerlich morisch geworden und wurden daher von der Revolution glatt hinweggefegt. Jetzt standen sich der Staat auf der einen und das Einzelindividuum auf der anderen Seite gegenüber. Man glaubte nicht mehr an die inneren Kräfte im Menschen, sondern ver sprach sich alles Heil von den staatlichen „Einrichtungen“. Ein wahres inneres Freiheitsgefühl, wie es die Idee des Christentums erfordert, konnte in diesem Zwiespalt nicht aufkommen. Dem Kampf der breiten Massen, durch rücksichtsloseste Ausnutzung der Gewalt den Sieg ihrer Ideen zu erzwingen, setzte das Bürgertum alle staatlichen Machtmittel entgegen und riß damit den letzten Rest von Vertrauen aus dem Herzen der Großstadtmassen.

#### Wenn wir nach den Mitteln zur Rettung

suchen, drängt sich ganz von selbst zunächst die Frage auf: Was gibt es denn noch Lebenskräftiges in Deutschland? Die Wahndee des sozialistischen Marxismus ist tot. Seine Apostel selbst haben sie aufgegeben. Erschreckende Zeugen sind die unter Hunger, Arbeitszwang und Knete jammernden Arbeiter im bolschewistischen Rußland. Auch der Chauvinismus hat bei uns endgültig ausgespielt: Der Widerstand von 95 Prozent des deutschen Volkes gegen den Kapp-Putsch hat ihm sein Grab bereitet. Eins aber lebt noch und wird leben: Das ist der Sinn für Ordnung und Arbeit, der in der breiten Masse der Angestellten und Arbeiter sich immer durchsetzen wird. Darüber lasse ich mich nicht irre machen. Der deutsche Arbeiter wird nicht eher wieder zufrieden sein, als bis die Eisenbahnzüge wieder auf die Minute fahren, bis ganz Deutschland wiederhallt vom Stampfen und Hämmern der Maschinen, als ob es eine große Werkstatt sei. Und ich frage Euch: Wollt Ihr Euch in der Erfüllung dieses Wunsches ewig hindern lassen von halbwüchsigen Burichen? Wollt Ihr ewig ängstlich schielen nach dem, was die aus dem Osten zugewanderten in ihren geheimen Konventikeln über Euch beschließen? (Stürmisches Niemals.) Dann heißt es aber auch, mit Mut den harten Kampf aufzunehmen unter der Losung:

#### Sittliche Kraft und Gerechtigkeit auf dem Boden des Christentums.

Damit ist zugleich die Grundlage gegeben für unseren Kampf gegen den Versailler Frieden. Gegenwärtig sucht man noch das französische Volk mit dem Gespenst des präparierten Militarismus in Atem zu halten. Aber auch in Frankreich wird man auf die Dauer den Hunger der Arbeiter nicht mit Pfaffen und Gespenstern stillen können. Ueber die Grenzen unseres Landes hinaus möchte ich in letzter Stunde warnen vor dem Versuch, unser ausgejagtes, gequältes Vaterland durch Anzettlung von Terror und Putsch völlig zu Grunde zu richten. Warnen möchte ich vor allem vor einer Politik des Nichtlebens- und Nichtsterbenslassens, die ein Volk schließlich zum Wahnsinn treiben muß.

Die Gewaltpolitik der in Frankreich herrschenden kapitalistischen und militaristischen Klasse wird erreichen, was wir selbst in Jahrhunderten nicht erreicht haben: Die nationale Zusammenschweißung unserer in den besetzten und willkürlich abgetrennten Gebieten wohnenden Brüder. Das natio-

nale Gemeinschaftsgefühl ist uns auf ewig eingehämmert worden durch die Kolben und Bajonette der Marokkaner und Senegalesen. Die christliche Arbeiterbewegung fühlt sich durchdrungen von ihrem Verufe, mitzuarbeiten an der Herausschälung des einheitlichen, nationalen Gedankens in Deutschland.

Dieser wird auch nur gefördert durch Vereinfachung der Staatsverwaltungen. Deutschland kann sich in Zukunft nicht weiter noch mehr als 20 Parlamente und etwa 150 Minister leisten. Der Staatsgedanke muß von unten nach oben wachsen: durch eine organische Verbindung von Politik und Wirtschaft muß ein Reichswirtschaftsrat und aus diesem die Kammer der Arbeit erwachsen. Die Arbeitnehmer müssen als Menschen und Gehilfen in die Produktion eingegliedert werden. Sozialisierung schlechthin lehnen wir ab. Denn bei der heutigen Gesetzesfassung eines großen Teiles der verhassten sozialistischen Arbeitermassen wird jede planlose Sozialisierung zu einer gewaltigen Unterbilanz der sozialisierten Betriebe führen. Die ganze Entwicklung drängt auf einen Mittelweg zwischen Sozialisierung und hochkapitalistischer Betriebsweise. Dieser Mittelweg wird eingeschlagen durch Gründung selbständiger Wirtschaftskörper unter Mitbeteiligung der Arbeitnehmer und einer gewissen Einflußnahme des Staates.

Wir fordern äußerste Sparsamkeit im Staate, wie in den Gemeinden und bei jedem Einzelnen. Was auf der einen Seite mehr produziert wird, darf auf der anderen Seite der Volkswirtschaft nicht wieder entzogen werden durch Schund- und Luxusproduktion für das Inland. Wir verlangen daher auch

#### rücksichtslosesten Kampf gegen jede Art von Schiebertum,

gegen den Amüsiervöbel der Großstädte, gegen Pinoschund und Spielklubs. Nicht zuletzt verlangen wir gerade vom Standpunkte des Christentums mit allem Nachdruck eine zielbewusste Wohnungspolitik. Nicht finanzpolitische Erwägungen dürfen hier den Ausschlag geben, sondern lediglich Grundzüge einer gesunden Bevölkerungs politik. Wir verlangen weiter eine energische Finanzmaßnahme der Siedelung. Wer die Genüsse und die Bequemlichkeit der Großstadt nicht entbehren kann, dem müssen wir zurufen: Hände weg von der Siedelung!

#### Was fordert die soziale Gerechtigkeit und das Christentum von uns?

Menschen, und nicht Einrichtungen! Scheinbar können die Arbeiter heute durch den Einfluß der Gewerkschaften alle wirtschaftlichen und sozialen Forderungen durchsetzen, auf die sie sich in ihrer großen Mehrheit einigen. Aber dieser Schein verleitet leicht zu Machttaumel, der in der Politik das Gefährlichste ist. Denken wir an die Franzosen, an Legien, Däumig und vor allem den russischen Bolschewismus. Niemand von ihnen kann zur Ruhe und klaren Ueberlegung kommen aus Angst vor dem eigenen Siege. Wenn die Wirtschaft schließlich absteigt anstatt aufsteigt, dann haben alle sozialen Befehle keine andere Wirklichkeit, als ein heroisches Spiel auf der Bühne. Wenn wir nicht den Glauben verkünden und nach ihm leben, daß der Staat nur auf dem Boden der sozialen Gerechtigkeit bestehen kann, wer soll es dann tun? Die zwei Generationen hindurch in Marxismus und Materialismus erzogenen sozialistischen Arbeiter werden es nicht können, selbst wenn die Idealisten unter ihnen es wollten. Denn ihnen fehlt die Basis der ewigen Wahrheiten, die uns das Christentum bietet und durch die allein es für uns eine Rettung gibt. Ohne Bewußtsein, daß wir nur ein Teil des großen Ganzen sind und daher auch Achtung vor den anderen Ständen haben und mit ihnen zusammenarbeiten müssen, werden wir nur willenlose Atome sein in den von Osten und Westen heranstürzenden Schlammsloten der staatlichen und gesellschaftlichen Zerstörung. Der Glaube an den Sieg der Gerechtigkeit nach außen wie nach innen wird nicht nur uns, sondern unser ganzes Volk retten. Von uns christlichen Arbeitern aber soll die Geschichte sagen, daß wir seine Bannerträger gewesen sind. (Stürmischer, nicht enden wollender Beifall.)



9fache, Kasse von 0,55 M. auf 12,50 M., d. h. auf das 23fache, Lehm von 0,25 M. auf 2,50 M., d. h. auf das 10fache, Chamottesteine von 0,10 M. auf 1,05 M., d. h. auf das 17fache, Unkosten von 0,50 M. auf 9,25 M., d. h. auf das 19fache, Verdienst von 0,30 M. auf 4,-- Mark, d. h. auf das 13fache.

Dabei ist angenommen, daß die Arbeiter heute nur halb soviel leisten, wie vor sechs Jahren, denn der Stundenlohn ist ja tatsächlich nur auf das 4 1/2 fache gestiegen. Der Unternehmer aber begnügt sich nicht mit dem 4 1/2 fachen, auch nicht mit dem 9fachen seines Verdienstes vor dem Kriege. Nein, er hält das 13fache für angemessen! Nach dieser Aufstellung der Arbeitgeberverbände verdient ein Meister, der durchschnittlich 30 solcher Reparaturen am Tage vornehmen ließ, vor dem Kriege 9,-- M., heute 120 M. Ganz ungeheuerlich ist auch der Anstieg für „Unkosten“. Diese sollen auf das 19fache gestiegen sein! In diesen Unkosten aber sind enthalten die Miete für Büroräume und Lagerplätze, Telefon, Porto, Angestelltenlöhne, alles Posten, die sogar noch weniger gestiegen sind als die Arbeiterlöhne. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß in den „Unkosten“ ein weiterer Nebenverdienst des Meisters steckt. Dann kann man sich in der Tat nicht wundern, wenn die Hausbesitzer auch hygienisch unbedingt erforderliche Reparaturen mit Rücksicht auf die Kosten und sehr zum Schaden ihrer Mieter immer wieder hinausschieben. (Finanzpolitische Korrespondenz.)

### Reichseinkommensteuer und Steuerkarte.

Das neue Reichseinkommensteuergesetz ist am 1. d. M. in Kraft getreten und damit eine Reihe wichtiger Neuerungen über die Art und Weise der künftigen Erhebung der Steuer. Sehr einschneidende Bestimmungen enthält das Gesetz in den §§ 45-52, in denen die Einführung einer besonderen Steuerkarte für jeden Arbeitnehmer vorgesehen ist. Dem Arbeitgeber wird durch den § 45 die Verpflichtung auferlegt, bei der Lohnzahlung 10 Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerten. Nach § 46 muß der Arbeitnehmer künftig vor Beginn eines jeden Kalenderjahres oder vor Beginn eines Dienstverhältnisses von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes sich eine Steuerkarte ausstellen und sie dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zum Einkleben und Entwerten der Steuermarken vorlegen. Auf Verlangen hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den nach § 45 einbehaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingeklebten und entwerteten Steuermarken zu geben. Sollte der durch die wöchentlichen oder monatlichen zehnprozentigen Lohnabzüge durch den Arbeitgeber einbehaltene Steuerbetrag den vom Steuerpflichtigen nach der endgültigen Veranlagung zu zahlenden Steuerbetrag übersteigen, so hat das Finanzamt den in der Steuerkarte zuviel geklebten Betrag bar zurückzahlen. Von besonderer Wichtigkeit ist der § 50, wonach der Arbeitgeber dem Reiche für die Einbehaltung und Entwertung des im § 45 bestimmten Betrages neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner haftet.

Die obigen Bestimmungen sollten am 1. d. M. in Kraft treten. Durch Schwierigkeiten in der Herstellung der vorgesehenen Steuerkarten und Verzögerung der Steuermarkenlieferung ist dies unmöglich. Als neue Vorschrift ist folgende hinzugekommen: „Der Reichsminister der Finanzen kann anordnen, daß und inwiefern bis zum Empfange des vorläufigen Steuerbescheides für das Rechnungsjahr 1920 die Einkommensteuer vorläufig weitergezahlt ist, die nach der letzten landesrechtlichen Veranlagung zugunsten der Länder und Gemeinden (Gemeinverbände) zu entrichten war oder wäre.“

Diese neue Bestimmung des Finanzministers fügt sich offensichtlich auf den letzten Absatz des § 42 des neuen Einkommensteuergesetzes, der sagt: Solange einem Steuerpflichtigen ein vorläufiger oder endgültiger Steuerbescheid für ein Rechnungsjahr nicht zugegangen ist, hat er zu den gesetzlichen Zahlungszeiten Teilzahlungen nach der ihm für das vorausgegangene Rechnungsjahr angelegten Einkommensteuer vorläufig weiter zu leisten.

Die derzeitige Lage für die Steuerzahler ist nun so: Die Einführung des Steuerkartensystems und die Einbehaltung von 10 Prozent Lohnabzügen durch den Arbeitgeber erfolgt vorläufig noch nicht, sondern erst nach näherer Bestimmung des Reichsfinanzministers, der die Inkraftsetzung der bezüglichen Vorschriften ausspricht je nach dem Zeitpunkt der Fertigstellung der benötigten Steuermarken und -Karten. Bis dahin haben die Steuerzahler nach dem bisherigen Verfahren, also zum 15. Mai als nächsten Steuerterrmin, die bisher gezahlte Teilzahlung zu leisten. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß nach dem 15. Mai die Herstellung der Steuerkarten soweit gefördert ist, daß alsdann mit dem neuen Verfahren begonnen werden kann. Die Teilzahlungen vom 15. Mai werden auf die in die Steuerkarte einzuklebenden Marken verrechnet werden.

### Arbeitsordnung und Betriebsrätegesetz.

Nach § 80 Absatz 3 des Betriebsrätegesetzes ist binnen drei Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine neue Arbeitsordnung zu erlassen, wenn die geltende Arbeitsordnung vor dem 1. Januar 1919 erlassen worden ist. Danach müßte also in allen diesen Fällen eine neue Arbeitsordnung bis zum 9. Mai 1920 erlassen werden.

Die Nationalversammlung hat nun in ihrer Sitzung vom 28. April den § 80 Absatz 3 des Betriebsrätegesetzes dahin abgeändert, daß die neue Arbeitsordnung nicht binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes, also bis 9. Mai d. J., zu erlassen ist, sondern daß dieser Termin bis zum 1. September 1920 hinausgeschoben wird.

Ein Muster für eine Arbeitsordnung wird vom Reichsarbeitsministerium entworfen und zur allgemeinen Anwendung empfohlen werden. Die beiderseitigen Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sollen hierzu gehört werden. Eine zwingende Einführung der vom Reichsarbeitsministerium dann herauszugebenden Arbeitsordnung auf dem Verordnungswege soll nicht erfolgen; die behördliche Herausgabe der Arbeitsordnung wird schon ganz von selbst zur allgemeinen Einführung derselben führen.

### Allgemeine Rundschau.

#### Kommerzienrat Franz Uellis †

Die deutsche Industrie ist von einem schweren Verluste betroffen worden. Am 19. März ist in einem Sanatorium, wo er Wiederherstellung seiner durch Ueberarbeitung während der Kriegsjahre geschwächten Gesundheit suchte, Herr Kommerzienrat Franz Uellis aus Forst, nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 51 Jahren verstorben.

Der Entschlafene gehörte zu den hervorragendsten Persönlichkeiten des deutschen Wirtschaftslebens. Er war Mitinhaber der Firma Gustav Uellis in Forst, die unter seiner Leitung eine der führenden Unternehmungen der deutschen Tuchindustrie geworden ist. Sein Wirkungsbereich ging indessen weit über den Bereich des eigenen Betriebes hinaus. Er stand, von dem Vertrauen seiner Berufsgenossen getragen, an der Spitze fast aller großen Organisationen seiner Industrie, die er in vorbildlicher Weise geleitet hat. Der Zentralarbeitsgemeinschaft gehörte der Verstorbene als Mitglied des Zentralvorstandes und als Vorsitzender der Reichsarbeitsgemeinschaft für die Textilindustrie an. Er hat auch diesen Vereinen seine volle Arbeitskraft gewidmet und mit der Klugheit und der Tatkraft, die ihm eigen waren, an der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen mitgewirkt. Das Ansehen aber, das sich der Entschlafene bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern erworben hatte, beruhte in höherem Maße noch auf den persönlichen Eigenschaften, die er besaß, auf seiner Wahrheitsliebe und Gerechtigkeit.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft wird ihm ein dankbares Gedenken allezeit bewahren.

#### Die Erlaubnis zur Ueberarbeit.

Der Kölniger Regierungspräsident hat unterm 8. April folgende Mitteilung veröffentlicht:

Nach den Bestimmungen über Regelung der Arbeitszeiten der gewerblichen Arbeiter und Angestellten vom 23. 11. 1918 (17. 12. 1918) bzw. vom 18. 3. 1919 ist die Ueberarbeitung der täglichen Arbeitszeit nur zulässig, wenn die Unternehmer hierzu bei dem zuständigen Demobilisierungskommissar oder Gewerbeinspektor die Genehmigung eingeholt haben. Diese Vorschrift gilt auch für das Anheizen und Bedienen der Dampfkessel, die Vorbereitung der Antriebsmaschinen, für Ausbesserungsarbeiten aller Art an Maschinen, die zum regelmäßigen Fortgang der Betriebe nötig sind, ferner für Aufräumungs- und Reinigungsarbeiten. Auch die Pflege der Pferde, die für Transportarbeiten benötigt werden, fällt unter Umständen unter diese Bestimmung. Das Bedürfnis, die genannten Arbeiten außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit vorzunehmen, ist in der Regel anzuerkennen, so daß die Erteilung der Genehmigung für die Vornahme der Arbeiten wohl meist erteilt werden kann. In Tarifverträgen finden sich gleichfalls häufig Abmachungen über die Vornahme von Ueberarbeit außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit. Auch für solche tariflichen Abmachungen bedarf es zurzeit einer besonderen Genehmigung der Demobilisierungskommissare oder Gewerbeinspektoren. Soweit Ueberarbeit ohne behördliche Genehmigung angeordnet ist, müssen die Unternehmer oder im Falle des Vorliegens von Tarifverträgen die Tarifparteien die Genehmigung nachträglich einholen.

#### Unzulässiger Koalitionszwang.

In einem vom sächsischen Staatskommissar für wirtschaftliche Demobilisierung an die Demobilisierungskommissare des Landes ergangenen Schreiben heißt es unter anderem, daß in letzter Zeit mehrfach Klagen über Fälle einliefen, in denen von Mitgliedern gewerkschaftlicher Organisationen versucht werde, unzulässigen Koalitionszwang auf anders gestimmte Arbeitsgenossen auszuüben. Der Staatskommissar sei überzogen davon, daß es sich in diesen Fällen lediglich um Uebergriffe nachgeordneter Organe oder Organisierter in einzelnen Betrieben gehandelt habe, während die Hauptleitungen der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen den beklagten Vorgängen durchaus fernstünden und sie mißbilligten. Soweit dem Staatskommissar bekannt sei, seien die gewerkschaftlichen Zentralleitungen aller Richtungen darin einig, daß der in Artikel 159 der Verfassung des Deutschen Reiches zum Staatsgrundgesetz erhobene Gedanke völliger Vereinigungsfreiheit für Jedermann zum Zwecke der Wahrung und Förderung seiner Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen auch im Verhältnis der gewerkschaftlichen Organisationen zu einander geachtet und zur praktischen Durchführung gebracht werden müsse. Der Staatskommissar empfiehlt daher den Demobilisierungskommissaren in geeigneten

Fällen und in geeigneter Form durch Hinweise nachdrücklich aufklärend auf die in Betracht kommenden Personentresse einzuwirken und die Betroffenen vor rechtswidrigen Uebergriffen zu schützen.

#### Der Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes

hielt am 16. April in Berlin seine Frühjahrstagung ab. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die angeschlossenen Gruppen (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften und Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften) fortgesetzt in guter Entwicklung sind. Sie umfassen gegenwärtig rund 2 Millionen Mitglieder. Mit einer Programmschrift und durch öffentliche Kundgebungen wird in den kommenden Wochen der Deutsche Gewerkschaftsbund sich an die breitere Öffentlichkeit wenden. Weiter gibt die Hauptgeschäftsstelle (Berlin S. W. 68, Charlottenstraße 86) ab kommenden Monat ein Korrespondenzblatt für die Zwecke der Tages- und Gewerkschaftspressen heraus. In einer demnächstigen besonderen Sitzung wird der Ausschuss das Thema „Generalfreie, Ordnungsschutz und lebenswichtige Betriebe“ nach der grundsätzlichen Seite behandeln. Aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen wird der Deutsche Gewerkschaftsbund bei den Parteien baldigt zweckmäßige Schritte zur Förderung der von ihm erstrebten Ziele unternehmen. Zur Orientierung für die Mitglieder werden außerdem Richtlinien veröffentlicht. Der Ausschuss erklärte weiter sein Einverständnis mit der Forderung der Angestelltengruppe, wonach die Angestelltenversicherung selbständig zu erhalten und auch in ihr wie in der Invalidenversicherung die Anpassung der Versicherungsgrenze und der Lohnklassen an den gesunkenen Geldwert durchzuführen ist.

#### Die Erhöhung der Versicherungssumme

von 2000 auf 5000 M. hat unserer Deutschen Volksversicherung einen glänzenden Aufstieg im ersten Quartal dieses Jahres gebracht. Die Versicherungssumme stieg in genannter Zeit auf 15 639 838 M. gegen 3 634 898 Mark in den ersten drei Monaten des Vorjahres.

Auch die Zahl der Versicherungsanträge hat sich fast verdoppelt. Sie ist gestiegen von 4599 auf 9227.

Dieser Entwicklung ist ein Beweis für die steigende Beliebtheit unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung. Die erhöhte Versicherungssumme trägt den Zeitverhältnissen durchaus Rechnung.

### Aus unserer Industrie.

#### Ein Kommissar für Textilwaren-Ein- und Ausfuhr im besetzten Gebiet.

Während die Ein- und Ausfuhrerlaubnis für Textilwaren im allgemeinen der Reichsstelle für Textilwirtschaft, Auslandsabteilung (Berlin) zusteht, ist, wie die „Textil-Woche“ mitteilt, für das besetzte Gebiet ein besonderer Kommissar mit Stempelbefugnis in Aussicht genommen. Diese Stelle soll in wenigen Wochen ihre Arbeit beginnen. Bis dahin werden die linksrheinischen Anträge weiterhin von der Berliner Zentralstelle bearbeitet.

#### Aus der internationalen Textilindustrie

wird gemeldet, daß in Belgien die Wollkämmereien und Wäldereien in der Hauptsache ihren Betrieb wieder voll aufgenommen haben und sogar in der Lage sind, verhältnismäßig große Mengen von Rohstoffen auszuführen zu können. In Nordfrankreich ist der Streik der Textilarbeiter von Roubaix-Tourcoing beendet. Es soll eine Vereinbarung mit den Arbeitgebern bezüglich der Lohnsätze statifinden. Die französische Seidenindustrie ist gut beschäftigt, und auch die Wirkwarenfabrikanten sollen beträchtliche Aufträge in Händen haben. Sehr reger ist der Geschäftswerteh in der spanischen Textilindustrie, während die Nachrichten aus Portugal nicht besonders günstig lauten. Die schwedische Textilindustrie in ihrer Gesamtheit hat mehr Aufträge, als sie auszuführen in der Lage ist. Einzelne schwedische Textilfabrikanten sollen Lohnarbeit nach Deutschland vergeben haben. Auch in Dänemark und Norwegen sind die Fabrikanten mit dem Gang der Geschäfte zufrieden. Die Lage der englischen Baumwollindustrie ist durch einen drohenden Streik in Lancashire schwieriger geworden, doch wird die allgemeine Lage nach wie vor als befriedigend bezeichnet. Wiederholte Berichte aus Nordamerika melden, daß dort die Produktionsleistung in der Textilindustrie überhört sei, während in Südamerika die Textilfabriken außerordentlich günstige Geschäftsergebnisse zu verzeichnen haben. In Japan ist man nach wie vor bemüht, die Ausfuhr von Textilzeugnissen zu steigern. Die Beschäftigung der japanischen Spinnereien und Webereien bleibt nach wie vor eine vollständige.

### Aus unserer Bewegung.

#### Wete. Arbeitslosenzählung.

Mit dem Vierteljahresanfang war die gelbe Meldekarte auszufüllen. Sie sollte am vierten Tage nach Schluß des letzten Quartalsmonats eingefandt werden. Es waren nur verhältnismäßig wenige, die dieser Aufforderung nachkamen. Viele blieben sogar ganz aus, so daß wir für diese die alten Zahlen einsetzen mußten. Infolgedessen wird das Bild nicht genau. Es muß aber so werden, daß wir jeden Monat reiflos und lückenlos

